

Zehn Punkte Zuversicht: Baden-Württemberg und eine neue Politik der Mitte im Bund



Positionspapier
der CDU-Landtagsfraktion
Beschlossen am 8. Januar 2025
an der Klausurtagung in Baden-Baden

Deutschland muss wieder nach vorne.

Die Bilanz nach drei Jahren „Ampel“ im Bund ist verheerend. Rezession, Arbeitsplatzabbau, hohe Energiepreise und ein Alltag, der immer teurer wird – für die Deutschen ist mit SPD, Grünen und FDP nichts besser geworden.

Die Menschen sehnen sich deshalb nach einem Wechsel. Nicht als Selbstzweck, sondern weil Deutschland endlich wieder eine Politik braucht, die funktioniert. Eine Politik, die Wohlstand schafft und nicht nur umverteilt. Eine Politik, die Arbeitsplätze sichert und niemanden vom Arbeiten abhält. Und eine Politik, die nicht aufs Angstmachen setzt, sondern tatkräftig für mehr Sicherheit sorgt. Nach innen wie nach außen.

Deutschland muss wieder nach vorne – und Baden-Württemberg wieder an die Spitze. Der Erfolg Baden-Württembergs und der Wohlstand unseres Landes hängen von den richtigen Weichenstellungen in der Bundespolitik ab. Eine neue Politik der Mitte ist deswegen im unmittelbaren Interesse der Baden-Württembergerinnen und Baden-Württemberger.

Damit Baden-Württemberg stark bleibt.

Als CDU-Landtagsfraktion haben wir im Interesse des Landes klare Erwartungen an eine neue Bundesregierung. Es braucht Impulse für Wirtschaft, Innovation und Wohlstand. Fleiß und Leistungsbereitschaft verdienen Respekt und müssen sich wieder lohnen. Sicherheit ist die zentrale Erwartung der Bürgerinnen und Bürger an einen funktionierenden Staat. Es geht für uns dabei um innere wie äußere Sicherheit sowie ebenso um erfolgreiche Bildung, eine funktionierende Infrastruktur, eine flächendeckende Gesundheitsversorgung oder ausreichend Raum zum Wohnen. Wir müssen die Migration drastisch reduzieren und auf den Zuzug von Fachkräften konzentrieren. Gelingt uns dies nicht, zerreißt es unsere Gesellschaft – in Baden-Württemberg und ganz Deutschland.

1. Baden-Württemberg: Heimat der Fleißigen.

Wir müssen für eine Politik sorgen, die Wohlstand nicht nur verteilen will, sondern endlich auch wieder die richtigen Rahmenbedingungen für neuen Wohlstand schafft. Arbeit muss sich lohnen – und zwar für Beschäftigte und Unternehmen gleichermaßen. Wir treten daher dafür ein, dass Überstunden und freiwilliges Arbeiten nach der Rente steuerlich entlastet werden. Eine Steuerreduktion von 50% auf Überstunden könnte den Arbeitnehmern in Baden-Württemberg 200 bis 300 Mio. Euro netto jährlich mehr einbringen. Flexiblere

Arbeitszeitmodelle, die starre Tageshöchstleistungszeiten durch flexible Wochenarbeitszeit ersetzen und auch Modelle wie die Viertagewoche ermöglichen, liegen im Interesse der Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Der Bund muss darüber hinaus mehr Anreize zur Rückkehr in den Arbeitsmarkt setzen. Dazu gehören eine tiefgreifende Reform des Bürgergelds einschließlich verschärfter Sanktionsmöglichkeiten für Arbeitsverweigerer. Baden-Württemberg hat rund 350.000 Bürgergeld-Bezieher, davon sind ca. 200.000 erwerbsfähig. Die Aktivierung von nur 10 Prozent der Erwerbsfähigen durch gezielte Programme könnte jährlich bis zu 250 Mio. Euro an Transferkosten einsparen.

Die letzte Unternehmenssteuerreform in Deutschland fand 2008 statt. Seither ist die Belastung in Deutschland immer weiter gestiegen, während nahezu alle unsere globalen Wettbewerber ihre Steuersätze gesenkt und steuerliche Regelungen vereinfacht haben. Wir setzen uns deswegen für ein konkurrenzfähiges Unternehmenssteuerrecht und insbesondere die schrittweise Senkung des Unternehmenssteuersatzes auf 25 Prozent ein. Allein in Baden-Württemberg könnte durch eine solche Senkung auf 25 Prozent für die Unternehmen eine Steuerentlastung von rund 1,2 Mrd. Euro pro Jahr erreicht werden. Im Bereich der Gastronomie muss die neue Bundesregierung die Umsatzsteuer auf Speisen auf sieben Prozent senken. Außerdem wollen wir, dass der Bund gezielt Steueranreize für Forschungs- und Entwicklungsinvestitionen (F&E) einführt, um Unternehmen zu fördern, die in Innovationen investieren. Nur so werden wir die dringend nötige Verdopplung der F&E-Quote in Deutschland bis 2030 erreichen. Unser klares Ziel ist, dass Baden-Württemberg die führende Innovationsregion Europas bleibt.

Startups sind Innovationstreiber und für die die Weiterentwicklung unserer Wirtschaft entscheidend. Für sie müssen attraktive Standortbedingungen und echte Wachstumsperspektiven bei uns geschaffen werden. Eine neue Bundesregierung muss Deutschland zur Startup-Nation machen. Dafür gilt es vor allem die Finanzierungsbedingungen zu verbessern und viel mehr Risikokapital zu mobilisieren. Der Bund muss dafür insbesondere für Kapitalsammelstellen, wie Versicherungen, Pensionskassen und Versorgungswerke, mehr Anreize schaffen, um in Venture Capital zu investieren.

Für die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands bedarf es einer leistungsstarken und wettbewerbsfähigen Rüstungsindustrie. Daher gilt es gerade auch hier, bürokratische Hemmnisse abzubauen, insbesondere den Zugang zu den Finanzmärkten zu erleichtern und gezielt zu fördern. Die Bedeutung der Rüstungsindustrie für die Verteidigung der freiheitlichen

Demokratie in Deutschland und der EU muss von Bund und EU als besonders förderungswürdig im Sinne des Erhalts der Freiheit der Deutschen und aller EU-Bürgerinnen und EU-Bürger anerkannt werden. Entgegenstehende Regulierungen gilt es abzubauen, Rüstungsprojekte als Projekte von überragendem öffentlichem Interesse müssen künftig eine beschleunigte Genehmigung erfahren.

2. Weniger Bürokratie: aufs Goldplating verzichten.

Wer Bürokratie abbauen will, muss zuallererst auf neue Belastungen verzichten. Das generelle Misstrauen gegenüber unserem heimischen Unternehmertum wie es beispielsweise im Lieferkettengesetz zum Ausdruck kommt, ist längst zu einem Standortrisiko geworden. Für uns gilt: Wer Vertrauen hat, braucht weniger Regeln. Eine neue Bundesregierung muss sich daher von Tag eins an dazu verpflichten, bei der Umsetzung von EU-Richtlinien keine über die Vorgaben der EU hinausgehenden Regelungen (sogenanntes Goldplating) zu erlassen. Bestehendes Goldplating gilt es, systematisch zu ermitteln und abzuschaffen. Die deutsche Wirtschaft braucht faire Wettbewerbsbedingungen und keine nationalen Sonderbelastungen.

3. Sicher, sauber und preiswert: Energieversorgung, auf die man sich verlassen kann.

Die rücksichtslos vorangetriebene „Energiewende“ der Ampelregierung hat ganz Deutschland verunsichert. Robert Habecks Heizungsgesetz hat Millionen von Mietern und Häuslebauern schwer getroffen und die deutsche Industrie droht aufgrund hoher Energiepreise im internationalen Wettbewerb abzustürzen. 10 Jobs gehen in der Industrie pro Stunde in Deutschland verloren. Diese lebensfremde und ideologische Klimapolitik hat zu Deindustrialisierung und Wohlstandsverlusten geführt. Deutschland hätte durch eine technologieorientierte Klimapolitik zum internationalen Vorbild werden können. Stattdessen ist die Klimapolitik der Ampel zum abschreckenden Beispiel geworden. Die neue Bundesregierung wird vor diesem Hintergrund alle Schritte in Richtung einer bezahlbaren, steuerbaren, dezentralen, sicheren und klimafreundlichen Energieversorgung unternehmen müssen. Allein in Baden-Württemberg braucht es den Zubau von 6,5 GW an Kraftwerkskapazität. Im Hinblick auf die überlasteten Stromnetze plädieren wir für eine Abkehr vom Prinzip des „produce and forget“ und damit für eine Änderung des EEG. Es gilt durch mehr steuerbare Stromerzeugungsanlagen, Abriegelungen und dynamische Stromtarife mehr Verantwortung an die Stromerzeuger zu übertragen. Gleichzeitig gilt es den überirdischen Netzausbau unverzüglich voranzutreiben. Dazu sollten die baulichen Voraussetzungen zügig geändert und

das Bundesbedarfsplangesetz so schnell wie möglich beschlossen werden. Eine neue Teilung Deutschlands in unterschiedliche Strompreiszonen und die damit absehbare Benachteiligung Baden-Württembergs muss verhindert werden. Auch muss das entstehende Wasserstoff-Kernnetz auf die Bedürfnisse der industriellen Zentren Deutschlands bei uns im Süden der Republik ausgerichtet werden.

4. Mehr Sicherheit: mit zeitgemäßem Recht und neuen Instrumenten.

Wenn Kriminalität, Radikalisierung und Terrorismus zunehmend im digitalen Raum stattfinden, müssen wir entsprechend technisch aufrüsten. Datenschutz darf nicht als Täterschutz missbraucht werden. Um digitalen Straftaten und allen voran Kinderpornographie und Terrorismus endlich einen wirksamen Riegel vorschieben zu können, muss der Bund eine effektive Rechtsgrundlage für die Vorratsdatenspeicherung schaffen. Die Zahlen der Kinderpornographie sind in Baden-Württemberg in den letzten fünf Jahren um fast 200 Prozent gestiegen. Wir müssen endlich tätig werden, um vor allem die zu schützen, die selbst noch nicht für sich einstehen können. Alle verfassungs- und europarechtlichen Spielräume zur Speicherung von IP-Adressen sowie weiterer Verkehrs- und Standortdaten müssen genutzt werden. Die Verwendung der Daten muss sowohl zur Strafverfolgung als auch zur Gefahrenabwehr möglich sein.

Die rechtlichen Möglichkeiten zur Videoüberwachung im öffentlichen Raum müssen ausgedehnt werden – auch unter Nutzung KI-gestützter Gesichtserkennung. Für mehr und besseren Videoschutz braucht es auch eine Änderung des Versammlungsrechts. Die Pflicht, bei Versammlungen die Kamera auszuschalten und damit die Strafverfolgung erheblich zu erschweren, muss sich zu einer grundsätzlichen Berechtigung zum Einsatz von Videoschutz bei Versammlungen unter freiem Himmel wandeln. Mit dem Pilotprojekt des intelligenten Videoschutzes in Mannheim versuchen wir, im Land die rechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen und gleichzeitig Datenschutz größtmöglich zu gewährleisten. Für den Schutz der Menschen im öffentlichen Raum und zur Steigerung der Ermittlungserfolge muss aber rechtlich mehr möglich werden.

Hassverbrechen müssen weiter und ohne Scheuklappen in den Fokus gerückt werden. Bei den religiösen Hassverbrechen gilt es, die zunehmende Christenfeindlichkeit besser zu erfassen, zu analysieren und zu bekämpfen. Die Zahl der Hassverbrechen gegen Christen hat sich in Deutschland von 2022 auf 2023 verdoppelt.

Wir halten die Überprüfung der Strafmündigkeit anhand einer umfassenden Begutachtung für erforderlich. In den letzten Jahren ist die Kriminalität durch Unter-14-Jährige erheblich gestiegen. Sie erreichte im Jahr 2023 in Baden-Württemberg mit 10.610 Tatverdächtigen einen 10-Jahres-Höchststand. Wenn sich diese Tatverdächtigen zudem teilweise vorab über ihre Strafmündigkeit informieren, stellt sich die Frage, ob die strafrechtlichen Altersgrenzen noch zeitgemäß sind. Wir halten deshalb an der bekannten Forderung des Landes Baden-Württemberg nach einer umfassenden Begutachtung der Strafmündigkeitsalters fest. Die geltenden Regelungen stammen aus dem Jahr 1923 und sind dringend zu hinterfragen.

Ehrenamtliches Engagement sorgt für gesellschaftlichen Zusammenhalt, Stabilität und Sicherheit. Gerade der Bevölkerungsschutz wäre ohne die Ehrenamtlichen nicht denkbar. Baden-Württemberg liegt mit einer Ehrenamtsquote von 46 Prozent bundesweit mit großem Abstand an der Spitze. Um auch für künftigen Generationen die Bedeutung gesellschaftlichen Engagements erlebbar zu machen, treten wir perspektivisch für ein Gesellschaftsjahr für alle ein. Wir wollen damit jungen Menschen aus allen Teilen unserer Gesellschaft die Chance geben, neue Gemeinsamkeiten und ein echtes „Wir-Gefühl“ zu erleben.

5. Migration begrenzen: klare Regeln für weniger Zuwanderung

Die Ordnung und Begrenzung der Migration ist eine zentrale Aufgabe des Bundes. Der Staat muss hier seine Funktionsfähigkeit unter Beweis stellen, illegale Migration und Einwanderung in das Sozialsystem verhindern und gleichzeitig die Integration von ausländischen Fachkräften in den Arbeitsmarkt fördern.

Insbesondere treten wir für die Beibehaltung der derzeitigen Grenzkontrollen an den deutschen Grenzen im Südwesten sowie die verstärkte Abschiebung ausreisepflichtiger Straftäter und Gefährder ein. Wir fordern vom Bund die Einführung eines Ausreisearrests, in dem ausreisepflichtige Straftäter und Gefährder so lange verweilen, bis sie die Rückreise in ihre Heimat freiwillig antreten oder abgeschoben werden. Ergänzend muss die von der Regierung Scholz eingeführte Regelung, jedem Ausreisepflichtigen im Fall von Abschiebehaft oder Ausreisegewahrsam einen Anwalt zur Seite stellen, sofort wieder abgeschafft werden. Die Ausreisepflicht ist bei diesen Personen in aller Regel bereits gerichtlich festgestellt. Diese Neuerung schwächt den Rechtsstaat und verhindert Rückführungen. Die neue Bundesregierung muss außerdem Sozialleistungen für Ausreisepflichtige generell auf den Prüfstand stellen, mehr

sichere Herkunftsländer festlegen, Rücknahmeübereinkommen schließen und auf eine Klarstellung des EU-Rechts hinwirken, die eine Zurückweisung an den Grenzen ermöglicht.

Mit Blick auf Syrien und andere Staaten gilt: Keine Unterstützung ohne Kooperation.

Deutschland ist bereit, auch den Wiederaufbau in Syrien zu unterstützen. Dies aber nur, wenn ausreisepflichtige syrische Staatsbürger zurückgenommen werden. Allein in Baden-Württemberg leben etwa 97.880 Menschen mit syrischer Staatsbürgerschaft – dies zeigt, Baden-Württemberg und Deutschland haben ihre rechtliche und humanitäre Verantwortung erfüllt. Aufgrund der neuen Situation in Syrien treten wir aber mit Nachdruck dafür ein, den Schutzstatus, den syrische Staatsbürger aufgrund des syrischen Bürgerkriegs in Deutschland erhalten haben, zu überprüfen.

Die Änderung des Einbürgerungsrechts durch die Ampel war ein Fehler und das völlig falsche Signal in der aktuellen Migrationskrise. Die deutsche Staatsbürgerschaft muss als erstrebenswertes Ziel am Ende und nicht am Anfang der Integration stehen. Dafür wollen wir im Bund wieder sorgen.

Terrorunterstützer mit Doppelpass müssen unter einer neuen Bundesregierung ausgebürgert werden. Nach § 28 StAG verliert eine Person mit Doppelpass die deutsche Staatsangehörigkeit, wenn sie sich „an Kampfhandlungen einer terroristischen Vereinigung im Ausland konkret beteiligt“. Dieser Verlustgrund muss auf gewalttätige Handlungen und die Unterstützung von Terrorvereinigungen im Inland erweitert werden.

6. Unsere bäuerlichen Familienbetriebe stärken: keine zusätzlichen Belastungen für die Landwirtschaft.

In Baden-Württemberg gibt es keine „Agrar-Industrie“. Unser Land ist geprägt von mittelständischen bäuerlichen Familienbetrieben. Die Landwirtschaftspolitik der Ampel hat diese Betriebe hart getroffen. Eine neue Politik der Mitte im Bund muss daher die Benachteiligung dieser Betriebe und der ländlichen Räume in Deutschland insgesamt beenden. Wir treten deshalb für die Rücknahme der Mittelkürzungen im Bundeshaushalt auf Kosten der Landwirtschaft ein, insbesondere die Rücknahme der stufenweisen Streichung der Agrardieselmrückstattung. Für uns sind dies keine „Subventionen“, sondern der Ausgleich für gesellschaftlich gewünschte, aber nicht in den Lebensmittelpreisen honorierte Mehraufwendungen in Sachen Biodiversität und Artenvielfalt. Ergänzend wollen wir die Landwirtinnen und Landwirte auch in Sachen Bürokratie entlasten. Insbesondere im Hinblick

auf die Stoffstrombilanzverordnung passen Kosten und Nutzen nicht zusammen. Die bereits im Herbst 2024 angekündigte Abschaffung ist unter der „Ampel“ ausgeblieben und muss von einer neuen Bundesregierung sofort angegangen werden. Darüber hinaus plädieren wir für einen europäischen Ausgleich der aus dem Mercosur-Abkommen entstehenden Nachteile für die heimische Landwirtschaft.

7. Mobilität ermöglichen: in die Verkehrsinfrastruktur investieren

Deutschland steht im Investitionsstau. Marode und überlastete Infrastruktur ist zum echten Standortproblem und Wettbewerbsnachteil geworden. Gerade auch der Verkehrsbereich und damit die Mobilität leiden unter mangelnder Finanzierung. Obwohl der Bund durch die massive Erhöhung der Lkw-Maut enorme Einnahmen durch die Nutzer hat, ist der Straßenbau des Bundes nicht ausreichend finanziert. So fehlen der bundeseigenen Autobahn GmbH allein im Jahr 2025 1,5 Mrd. Euro. Dadurch werden Rechnungen nicht bezahlt und Ausschreibungen verschoben. Dies schadet unserer Wirtschaft in ohnehin extrem herausfordernden Zeiten massiv. Für uns ist daher klar: Es muss wieder mehr Geld ins „System Straße“. Durch die Wiedereinführung des Finanzierungskreislaufs „Straße finanziert Straße“ muss der Wirtschaft ein Gegenwert für die erheblichen Zahlungen aus der Lkw-Maut gegeben werden, um die Straßeninfrastruktur fit für den zu erwartenden Güterverkehr zu machen.

Die Regionalisierungsmittel des Bundes sind die Basis für die Finanzierung des Schienenpersonennahverkehrs in den Ländern. Durch die massiv gestiegenen Kosten – insbesondere für Energie und Personal – sind diese Mittel jedoch nicht mehr auskömmlich. Dadurch drohen mittelfristig Abbestellungen im Schienenverkehr statt eines angestrebten Ausbaus des Angebots. Unter der neuen Bundesregierung muss es daher zu einer Erhöhung der Regionalisierungsmittel und einer jährlichen Dynamisierung kommen.

In Deutschland haben sich die staatlichen Standortkosten im Luftverkehr seit dem Jahr 2020 nahezu verdoppelt. Dies ist ein entscheidender Grund dafür, warum die Erholung des Luftverkehrs in Deutschland nach dem Einbruch in den Corona-Jahren im europäischen Vergleich noch immer schleppend verläuft. Nach der erneuten Erhöhung der Luftverkehrsteuer zum 1. Mai 2024 summieren sich die staatlichen Standortkosten für einen Flug von einem deutschen Flughafen ins europäische Ausland mit einem typischen Mittelstreckenflugzeug auf über 4000 Euro. Zum Vergleich: In Barcelona liegen die staatlichen Standortkosten bei rund 660 Euro, in Rom bei rund 2200 Euro. Dieser gravierende Unterschied führt inzwischen dazu, dass

wichtige große europäische Fluggesellschaften ihre Flugzeuge viel stärker an Standorten außerhalb Deutschlands einsetzen. Der Luftverkehrsstandort Deutschland droht sich von der Entwicklung in Europa komplett abzukoppeln. Baden-Württemberg ist von dieser Entwicklung besonders betroffen. So ist neben der Streichung weiterer Linien Ende Oktober 2024 der einzige Direktflug vom Flughafen Stuttgart in die USA weggefallen. Wir fordern daher vom Bund die ersatzlose Streichung der Luftverkehrssteuer.

8. Steuern senken und Standards anpassen: damit der Traum von den eigenen vier Wänden wieder Wirklichkeit wird und Wohnen bezahlbar ist.

Der Bau oder Kauf eines Eigenheims ist für Viele in weite Ferne gerückt. Die steuerliche Belastung verschärft den Anstieg der Baukosten zusätzlich. Insbesondere die Grunderwerbsteuer ist eine immense finanzielle Hürde, da sie direkt aus dem Eigenkapital beglichen werden muss. Damit Häuslebauer entlastet werden, muss die nächste Bundesregierung die Grunderwerbsteuer reformieren und den Ländern die Einführung von Freibeträgen ermöglichen. Als CDU-Landtagsfraktion werden wir diesen Spielraum nutzen und für eine differenzierte und familienfreundliche Anpassung der Grunderwerbsteuer für selbstgenutztes Wohneigentum eintreten.

Um den Wohnungsmarkt nachhaltig zu stärken und bezahlbare Mieten für breite Bevölkerungsschichten zu gewährleisten, benötigen wir eine Politik, die private Investitionen aktiv fördert. Der größte Teil an Wohnungen wird von Privatpersonen gebaut. Für sie muss Vermietung wieder attraktiv werden. Zu strenge staatliche Vorgaben zunächst beim Bau und dann noch bei der Vermietung sind der falsche Weg.

Der Neubau von Mietwohnungen muss so attraktiv und rentabel gestaltet werden, dass mehr Wohnraum entsteht. Das beginnt schon bei der Investitionsentscheidung in Zeiten hoher Zinsen: Finanzierungszinsen im Mietwohnungsneubau sollten befristet anteilig von der Steuerlast abzugsfähig sein. Und wer bezahlbar vermietet, den muss der Staat steuerlich entlasten. Das gilt umso mehr für den privaten Vermieter und nicht nur für den gemeinnützigen Sektor.

Gefördertes Bauen braucht klare, unkomplizierte Vorgaben, die es ermöglichen, schnell und effizient mehr Wohnraum zu schaffen. Statt immer strengere Anforderungen zu stellen, muss der Fokus auf dem Wesentlichen liegen: bezahlbaren Wohnraum für die Menschen schaffen und erhalten. Der Bund muss dafür sorgen, dass Förderprogramme bürokratiearm und verlässlich

planbar ausgestaltet sind, ohne unnötige Energieanforderungen oder Kostentreiber. Nur so kann der dringend benötigte Wohnraum zügig entstehen und die Menschen profitieren.

Um darüber hinaus einen echten „Boom“ am Wohnungsbaumarkt und damit mehr Wohnraum gerade auch für Menschen mit mittlerem oder kleinem Einkommen zu erreichen, plädieren wir für eine auf zwei Jahre befristete Senkung der Mehrwertsteuer für Baustoffe und Bauleistungen auf sieben Prozent.

9. Bildung und Wissenschaft: der Bund muss verlässlich kofinanzieren.

Dem Drängen des Bundes auf mehr Einfluss in der Bildungs- und Wissenschaftspolitik steht viel zu oft mangelnde Bereitschaft zu einer ausreichenden Kofinanzierung gegenüber. Die aktuelle „Null-Nummer“ eines Digitalpaktes ohne Mittel im Bundehaushalt steht hierfür beispielhaft. Wir fordern von einer neuen Bundesregierung stattdessen einen DigitalPakt Schule II und damit die Fortschreibung der Bundesmittel in Höhe von mindestens 5 Mrd. Euro zugunsten eines nachhaltigen Ausbaus der Digitalisierung von Schule und Unterricht sowie die Verteilung der Bundeszuschüsse nach Königsteiner Schlüssel.

Zum weiteren Ausbau von Kita-Plätzen sollte gemäß Koalitionsvertrag der Ampelregierung ein 6. Investitionsprogramm aufgelegt werden. Dies erfolgte nicht. Damit unterlief die Bundesregierung das Konnexitätsprinzip. Der Rechtsanspruch auf frühkindliche Förderung in einer Tageseinrichtung oder in Kindertagespflege ab dem vollendeten ersten Lebensjahr ist mit Wirkung zum 01.08.2013 im SGB VIII (Kinder- und Jugendhilfegesetz) verankert. Die neue Bundesregierung muss daher das Investitionsprogramm „Kinderbetreuungsfinanzierung“ wieder aufgreifen.

Mit der Exzellenzstrategie, der Nachfolge der Exzellenzinitiative, fördern Bund und Länder seit 2019 gemeinsam wissenschaftliche Spitzenleistungen an Universitäten. Die Exzellenzstrategie besteht aus zwei Förderlinien: den Exzellenzclustern und den Exzellenzuniversitäten. Am Ende der nächsten Förderrunde wird der Exzellenzwettbewerb aber ca. 25 Jahre gelaufen sein. Es ist Zeit, Konsequenzen aus dem langjährigen wettbewerblichen Förderprogramm zu ziehen und eine Neuorientierung vorzunehmen. Ziel sollte sein, die Cluster-Förderung auf zwei Säulen neu aufzubauen: Innovationsfähigkeit und Schwerpunktsetzung. Die Mittel für die Strategie gilt es auf 700 Mio. Euro pro Jahr zu erhöhen (Verhältnis: 75% Bund – 25% Sitzland). Mit vier von bundesweit zehn Exzellenzuniversitäten und einem Exzellenzverbund ist Baden-Württemberg in der aktuellen Förderrunde (2019-2026) das erfolgreichste Bundesland in der Förderlinie

„Exzellenzuniversitäten“. Im ersten Teil werden bottom-up neue Themen im Mittelpunkt stehen, während im zweiten Teil die Strategie gezielt an zentralen Zukunftstechnologien ausgerichtet wird, wie beispielsweise strategische Forschung zur KI, Quanten- und neuromorphes Computing sowie Lebenswissenschaften vor allem mit Blick auf BioTech/MedTech.

10. Keine Krankenhausreform zulasten Baden-Württembergs: Kranken- und Pflegeversicherung seriös finanzieren

Die auf den letzten Metern der gescheiterten Ampelregierung beschlossene Krankenhausreform belastet Baden-Württemberg in besonderer Weise. Die heute schon bestehenden Benachteiligungen bei der vom Bund verantworteten Betriebskostenfinanzierung werden fortgeführt. In den Jahren 2023 und 2024 haben die Krankenhäuser in Baden-Württemberg ein Defizit von zusammen rund 1,5 Mrd. Euro erwirtschaftet. Durch den Fallzahlbezug der neuen Vorhaltevergütung kommen weitere Ungerechtigkeiten hinzu. Die neue Bundesregierung muss hier schnell deutlich nachsteuern und dem Umstand Rechnung tragen, dass der angestrebte Strukturwandel in Baden-Württemberg bereits weit fortgeschritten ist. Diese Vorarbeit darf uns nicht zum Nachteil gereichen. Diese Leistung muss anerkannt und auch wirtschaftlich angemessen berücksichtigt werden.

Die gescheiterte Ampelregierung hat es darüber hinaus sträflich unterlassen, Strukturreformen für die Finanzierung der Kranken- und Pflegeversicherung anzugehen. Seit rund zehn Jahren steigen durch immer neue Gesetze die Ausgaben im Bereich der Kranken- und Pflegeversicherung; gleichzeitig wurde versäumt, die Stabilität der Beitragssätze in den Blick zu nehmen. Dementsprechend befinden sich die Kranken- und Pflegekassen aktuell in einer historisch schwierigen Finanzsituation. Zusammengenommen erwartet die Beitragszahler im kommenden Jahr ein durchschnittlicher Beitragssatzanstieg von mindestens einem Prozentpunkt. Je rentenversicherungspflichtigem Durchschnittsverdiener resultiert daraus eine Zusatzbelastung von rund 500 Euro pro Jahr, die jeweils hälftig von Arbeitnehmern und Arbeitgebern zu tragen ist. Das schwächt den privaten Konsum und es hemmt die Wirtschaft. Zentrales Ziel der neuen Bundesregierung muss es deshalb sein, die Beitragsspirale zu durchbrechen. In der gesetzlichen Krankenversicherung braucht es dafür kostendeckenden Beiträge für Bürgergeld-Bezieher aus Steuermitteln (Finanzbedarf rund 10 Mrd. Euro) und eine Dynamisierung des Bundeszuschusses (aktuell 14,5 Mrd. Euro). Außerdem sollte kurzfristig

geregelt werden, dass für zulasten der GKV abgegebene Arzneimittel künftig der reduzierte Mehrwertsteuersatz gilt. Zudem muss aus Sicht Baden-Württembergs der morbiditätsorientierte Risikostrukturausgleich (Morbi-RSA), der dafür sorgt, dass die überdurchschnittlichen Beiträge der fleißigen Baden-Württemberger abgeschöpft werden, ohne dass es auf der Seite der Zuweisungen für Leistungen einen Ausgleich für die überdurchschnittlich hohen Lohn- und Sachkosten gibt, dringend überarbeitet werden. Grundsätzlich braucht es diesen Mechanismus, seine konkrete Ausgestaltung geht aktuell aber zu Lasten des Landes. Voraussetzung für eine nachhaltige Stabilisierung der Pflegeversicherung ist insbesondere, dass die Finanzierung versicherungsfremder Leistungen endlich angemessen geregelt wird. Dies sind zum einen die pandemiebedingten Sonderausgaben aus Coronazeiten (5,9 Mrd. Euro) und zum anderen die Ausgaben für Sozialversicherungsbeiträge für pflegende Angehörige (3,5 Mrd. Euro).

Unsere Politik der bürgerlichen Mitte schafft Zuversicht.

Unsere Forderungen für eine neue Politik der Mitte spiegeln zentrale Hoffnungen und Wünsche der Menschen in Baden-Württemberg wider. Sie stehen für den Willen zu einer neuen Politik der bürgerlichen Mitte. Sie zeigen exemplarisch, dass Politik besser geht. Und sie wecken Zuversicht. Als CDU-Landtagsfraktion sind wir überzeugt, dass unsere Heimat mit der richtigen Politik in Bund und Land ihre besten Tage noch vor sich hat.